

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses**  
**am 29.04.2014**

Tagungsort: Nahariya-Raum (Kleiner Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 16:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 17:10 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Gerhard Henrichsmeier

Herr Rainer Lux (Vorsitzender)

Herr Frank Strothmann

Herr Detlef Werner

SPD

Herr Hans Hamann

Frau Barbara Schneider

Frau Karin Schrader

Herr Holm Sternbacher

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hartmut Geil

Herr Klaus Rees

FDP

Herr Harald Buschmann

Die Linke

Frau Barbara Schmidt

Fraktions- bzw. gruppenlose Mitglieder

Frau Barbara Geilhaar

Nicht anwesend:

Herr Frank Diembeck (SPD)

Herr Ralf Schulze (BfB)

Von der Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke

Herr Grinblats – Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen

Frau Schürmann – Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen (zu TOP 4)

Herr Lehmkühler – Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen (zu TOP 4)

Frau Beigeordnete Ritschel – Dezernat 3 (zu TOP 20)

Herr Berens – Amt für Finanzen und Beteiligungen

Herr Stühmeier – Amt für Finanzen und Beteiligungen

Frau Wemhöner – Amt für Finanzen und Beteiligungen (Schriftführerin)

**Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Herr Lux stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Finanz- und Personalausschusses fest.

**Öffentliche Sitzung:**

**Zu Punkt 1**      **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 52. und 53. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 03./04.03.2014**

**Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzungen des Finanz- und Personalausschusses am 03. und 04.03.2014 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 2**      **Mitteilungen**

Mitteilungen liegen nicht vor.

---

**Zu Punkt 3**      **Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

---

## **Zu Punkt 4      Bericht zum Personalentwicklungskonzept 2014**

### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7321/2009-2014

Frau Schürmann berichtet, dass der Bericht zum Personalentwicklungskonzept (PE-Konzept), in dem in verkürzter und übersichtlicher Form die Aktivitäten des vergangenen Jahres und die Planungen für das laufende Jahr dargestellt werden, zum 3. Mal herausgegeben werde. Das deutlich umfangreichere eigentliche PE-Konzept werde inzwischen zum 10. Mal fortgeschrieben und demnächst im Internet veröffentlicht.

Frau Schürmann führt weiter aus, dass die Personalentwicklung in Zeiten knapper Finanzmittel vor besonderen Herausforderungen stehe. Ziel sei es, bestehende Bedarfe zu ermitteln und entsprechende Angebote zu entwickeln. Aktuelle Arbeitsschwerpunkte seien Führungsfeedback, Personalmanagement im Hinblick auf die demografische Entwicklung, Personalmarketing, Frauenförderung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Förder- und Beratungsgespräch, Personaleinsatz, Gesundheitsförderung und Weiterbildung. Das Führungsfeedback als Aufwärtsfeedback der Mitarbeiter an ihre Führungskräfte wurde 2013 erstmals verwaltungsweit bei der Stadt Bielefeld durchgeführt. Dieses Projekt wurde aus Mitteln des Bundes und der EU gefördert. Ausgehend von den Ergebnissen sollen weitere Qualifizierungsmaßnahmen für Führungskräfte geplant werden. Die konzeptionellen Überlegungen zum Aufbau eines demografischen Personalmanagements wurden zunächst in einer Organisationseinheit erprobt. Gleichzeitig werde an einem Konzept für ein Wissensmanagement für die Stadt Bielefeld gearbeitet, das u. a. die Weitergabe und den Erhalt von Erfahrungswissen zum Gegenstand haben wird. Im Rahmen des Personalmarketings seien u. a. weitere Aktivitäten geplant, um die Stadt als Arbeitgeber insbesondere auch für Auszubildende attraktiv zu machen. Im Rahmen der Frauenförderung werde in diesem Jahr ein neuer Frauenförderplan erstellt und Aktivitäten zur stärkeren Vernetzung von Frauen in Führungspositionen fortgeführt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf konzentrierte sich zunehmend auf das Problem der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, das bereits Gegenstand des sog. MuT-Projekts der Gleichstellungsstelle war. Dieses Projekt finde inzwischen überregional Anerkennung und wurde bei einem KGSt-Personal-Kongress vorgestellt. Im Rahmen dieses Arbeitsschwerpunktes gehe es auch um die Möglichkeit von Heimarbeit. Hierzu gebe es bereits Pilotprojekte und der Abschluss einer Dienstvereinbarung sei in Planung. Das Förder- und Beratungsgespräch als vertrauliches Mitarbeitergespräch-Jahresgespräch wurde zum 01.01.2006 bei der Stadt Bielefeld eingeführt. In einigen Bereichen der Verwaltung werden die Gespräche inzwischen nicht mehr regelmäßig geführt. Zusammen mit den Bildungsreferentinnen und –referenten soll die Reaktivierung des Förder- und Beratungsgesprächs in Angriff genommen werden. Beim Personaleinsatz sind zukünftig die gerichtlichen Hinweise aus den Konkurrentenklagen zu berücksichtigen. Danach kommt zukünftig den dienstlichen Beurteilungen und der Dokumentation

des Entscheidungsprozesses eine größere Bedeutung zu. Im Hinblick auf die Aktivitäten im Rahmen der Gesundheitsförderung verweist Frau Schürmann auf die Anfang des Jahres erlassene Dienstvereinbarung zur Freistellung von der Arbeit für Krebsfrüherkennungsuntersuchungen und auf die verwaltungsweit angebotenen Seminare zur Gesundheitsförderung (z. B. zur Burnout-Prophylaxe). Der diesjährige Gesundheitstag findet am 18.11.2014 statt. Im Bereich der Weiterbildung geht es primär um die berufliche Neuorientierung von Beschäftigten aus gesundheitlichen Gründen. Im Fokus werden Qualifizierungsmaßnahmen zum Wechsel von Erzieherinnen in den Verwaltungsdienst stehen.

Auf entsprechende Nachfragen der Herren Hamann, Werner und Rees erklärt Herr Lehmkühler dass die Ausstattungsstandards gerade in den neuen Kitas höher seien und zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen dort führen. Ein nach wie vor häufig genanntes Problem sei die Lärmbelastung. Diesbezüglich seien Bestrebungen im Gang, einen effektiveren Lärmschutz sicher zu stellen. Im Hinblick auf die Entwicklung der Unfallzahlen teilt er mit, dass die Stadt Bielefeld im interkommunalen Vergleich gut abschneide. Die demografische Entwicklung in der Mitarbeiterschaft beobachte man gewissenhaft. Bei der Personalplanung werde sie entsprechend berücksichtigt. Neben dem von Frau Schürmann angesprochenen Pilotprojekt komme der betrieblichen Gesundheitsförderung eine besondere Bedeutung zu. Weiter führt er aus, dass die Stadt auch für Personen mit Migrationshintergrund attraktiv sei. Es sei jedoch festzustellen, dass sich Auszubildende mit Migrationshintergrund eher in den gewerblich/technischen Bereichen finden. Mit steigender Vorbildung nehme der Anteil ab. In den Eignungstests seien leider häufig sprachliche Probleme festzustellen. Frau Schmidt verweist auf die Schwierigkeiten der Personalentwicklung in Zeiten knapper Kassen. Personaleinsparungen seien eher von zufälligen Fluktuationsentwicklungen abhängig und nicht von der tatsächlichen Arbeitsentwicklung. Außerdem vermisse sie ausreichende Integrationsbemühungen für Mitarbeiter mit Migrationshintergrund. Auf ihre Nachfrage zum Umgang mit leistungsgewandelten Mitarbeitern erklärt Herr Lehmkühler, dass es durchaus Bereiche gebe, in denen Personal nicht immer bis zum Eintritt des Rentenalters arbeiten könne. Als Beispiel nennt er den Erziehungsdienst. Das Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen gehe sensibel mit dieser Problematik um und unterstütze betroffene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der beruflichen Neuorientierung. Frau Schrader erkundigt sich nach den Möglichkeiten von Heimarbeit bei der Stadt Bielefeld. Dazu berichtet Herr Grinblats, dass dies in zwei Fällen getestet wurde, wobei festgestellt wurde, dass die technische Realisierung durchaus anspruchsvoll und aufwendig sein kann. Tendenziell könne er sich diese Beschäftigungsform in besonderen Fällen grundsätzlich vorstellen. Man sei daher bestrebt, entsprechende Regelungen in einer Dienstvereinbarung zusammenzufassen. In der neuen Legislaturperiode werde dazu berichtet.

**Der Finanz- und Personalausschuss nimmt den Bericht zum Personalentwicklungskonzept 2014 zur Kenntnis.**

**Zu Punkt 5**      **Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014/2015 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7029/2009-2014

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:**

- 1. Gem. § 4 Eigenbetriebsverordnung (EigVO) wird dem Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld (BuO) für das Wirtschaftsjahr 2014/2015 zugestimmt.**

**Es werden festgestellt:**

**Der Erfolgsplan mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 3 (Anlage 1), der Vermögensplan (Anlage 2) und die Stellenübersicht (Anlage 3) in der vorgelegten Fassung.**

**Die mittelfristige Ergebnisplanung und die mittelfristige Finanzplanung jeweils für die Zeiträume 2015/2016 – 2017/2018 werden zur Kenntnis genommen.**

- 2. Die Betriebsleitung wird weiterhin ermächtigt, auf der Basis des genehmigten Erfolgsplanes 2014/2015, bis zur Verabschiedung des Wirtschaftsplanes 2015/2016 Verpflichtungen bis zur Höhe von 70% des für das Wirtschaftsjahr 2014/2015 geplanten spielplanbezogenen Aufwandes (Anlage 4) einzugehen.**
- 3. Die Einschränkungen der Übergangswirtschaft gelten für den Betrieb bis zum Erlass der Haushaltsverfügung der Bezirksregierung für den kommunalen Haushalt 2014 der Stadt Bielefeld fort. Sollten sich daraus Nebenbestimmungen bzw. Auflagen für die Durchführung des Wirtschaftsplanes ergeben, sind diese zu beachten und entsprechend umzusetzen.**

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

...-

**Zu Punkt 6**

**- Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2012/2013 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester,**  
**- Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung,**  
**- Entlastung der Mitglieder des Betriebsausschusses,**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7194/2009-2014

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss nimmt den Jahresabschluss und den Lagebericht 2012/2013 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat folgende Beschlüsse zu fassen:**

**1. Der Rat nimmt von dem Prüfungsergebnis der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Wibera Wirtschaftsberatung AG, Bielefeld Kenntnis und stellt den Jahresabschluss zum 31.07.2013 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester (BuO) für das Wirtschaftsjahr 2012/2013**

**mit einer Bilanzsumme von EUR 4.454.840,84**

**fest und beschließt,**

**den verbliebenen Betrag des Wirtschaftsjahres 2012/2013**

**von EUR 167.389,18**

**in die Veranstaltungsrücklage einzustellen.**

**2. Der Rat entlastet die Mitglieder des Betriebsausschusses für das  
Wirtschaftsjahr 2012/2013.**

Gemäß § 31 GO NRW haben Herr Werner und Herr Geil an der Beratung und Beschlussfassung zu Ziffer 2 nicht mitgewirkt.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 7**

**Erlass einer Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG NRW) für straßenbauliche Maßnahmen in der Obernstraße zwischen Einmündung Waldhof und Einmündung Fußgängerzone**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6928/2009-2014

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:**

**Die „Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG NRW) für straßenbauliche Maßnahmen in der Obernstraße zwischen Einmündung Waldhof und Einmündung Fußgängerzone“ wird entsprechend der Vorlage beschlossen.**

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 8**

**Erlass einer Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG NRW) für straßenbauliche Maßnahmen in der Friedhofstraße (zwischen Brackweder Straße und Am Flugplatz)**



Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6949/2009-2014

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:**

**Die „Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG NRW) für straßenbauliche Maßnahmen in der Friedhofstraße“ wird entsprechend der Vorlage beschlossen.**

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 9**

**Ergänzung der Betrauung der moBiel GmbH mit der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung zur Durchführung von Verkehrsleistungen in der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7324/2009-2014

**Beschluss:**

**Vorbehaltlich einer entsprechenden Entscheidung des Stadtentwicklungsausschusses empfiehlt der Finanz- und Personalausschuss dem Rat der Stadt Bielefeld wie folgt zu beschließen:**

- 1. In die bestehende Betrauung der moBiel GmbH mit der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung zur Durchführung von Verkehrsleistungen gemäß Beschlusslage vom 18.12.2008 und vom 26.11.2009 werden mit Wirkung ab dem 01.07.2014 die AST- Verkehre entsprechend dem Ergänzungsbeschluss in der Anlage 1 einbezogen.**
- 2. Der Vertrag mit der Gemeinschaft Bielefelder Nahverkehr GbR (GBN) zur Abwicklung des Anruf-Sammel-Taxi- (AST) vom 17.01.2000 wird zum 30.06.2014 beendet.**
- 3. Gemäß § 8 der bestehenden Betrauung wird der Oberbürgermeister beauftragt, den Beschluss zu den Punkten 1 und 2 gesellschaftsrechtlich umzusetzen.**

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

## **Zu Punkt 10 Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2014/2015**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6944/2009-2014

### **Beschluss:**

1. Der Finanz- und Personalausschuss stellt den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2014/2015 fest und beauftragt die Fachverwaltung, diesen bis zum 15.03.2014 an das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW zu melden:

	Platzzahl* Tageseinrichtungen	davon unter 3 Jahren	davon über 3 Jahren	Platzzahl Tagespfleg e
Ia	342	1.249	3.157	
Ib	1.587			
Ic	2.477			
IIa	18	18		
IIb	380	380		
IIc	1.221	1.221		
IIIa	490		490	
IIIb	1.965		1.965	
IIIc	3.261		3.261	
<b>Summe</b>	<b>11.741</b>	<b>2.868</b>	<b>8.873</b>	<b>800 **</b>

Stand: 15.01.2014

\*Abweichungen zwischen den beim Land anzumeldenden Plätzen und der Gesamtzahl der Plätze ergeben sich aus der Tatsache, dass nicht alle Plätze über das KiBiz NW gefördert werden, insofern in dieser Vorlage keine Berücksichtigung finden können (72 Plätze in heilpädagogischen Gruppen und 45 Plätze in den sog. Intensivhorten sowie 15 Plätze in einer Kita, die vom Träger bzw. einem Betrieb frei finanziert werden), außerdem werden nicht alle Plätze pünktlich zum 01.08.2014 in Betrieb genommen, so dass

diese nur anteilig zu berücksichtigen sind (Differenz 10 Plätze).  
**\*\*Inkl. 112 Reserveplätze Tagespflege**

2. Gegenüber dem Land NRW werden auf der Basis der zurzeit vorliegenden Erkenntnisse, vorbehaltlich einer endgültigen verwaltungsmäßigen und medizinischen Prüfung des Integrationsbedarfes von Kindern, 288 Integrationsplätze gemeldet. Die am 01.08.2011 in Kraft getretene KiBiz-Revision ermöglicht die Nachmeldung von Integrationskindern im Laufe des Kindergartenjahres, so dass sich die Zahl der Integrationsplätze am tatsächlichen Bedarf orientiert und noch steigen kann.

3. Die Verwaltung wird analog zur Regelung im Kindergartenjahr 2013/2014 beauftragt, die erforderliche haushaltsmäßige Umsetzung zu gegebener Zeit für das Haushaltsjahr 2015 vorzunehmen bzw. den Haushalt 2014 unter Berücksichtigung der Veränderungen umzusetzen.

4. Der Trägeranteil der Ev. Anstaltskirchengemeinde Bethel (Zionsgemeinde) wird in einem mehrschrittigen Verfahren innerhalb der nächsten fünf Kindergartenjahre von 12% auf 6% abgesenkt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

## Zu Punkt 11

### **Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2013 des Informatik-Betriebes Bielefeld (IBB) und Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung sowie Entlastung der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7267/2009-2014

#### **Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:**

1. Der Rat der Stadt Bielefeld nimmt vom Ergebnis der von der Wirtschaftsprüfungs-gesellschaft Henschke und Partner GbR vorgenommenen Pflichtprüfung des Informatik-Betriebes Bielefeld für das Geschäftsjahr 2013 Kenntnis und stellt den Jahresabschluss zum 31.12.2013 mit einer Bilanzsumme von 17.374.265,38 € und einem

**Jahresfehlbetrag von 1.125.206,36 € (Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung) in der geprüften Form fest.**

- 2. Der Rat stellt die Entlastung des Betriebsausschusses des Informatik-Betriebes Bielefeld fest.**
- 3. Der Rat beschließt, den in der Bilanz ausgewiesenen Fehlbetrag von 1.125.206,36 € und 129.000,00 € zur Bedienung von HSK-Maßnahmen zunächst mit dem vorhandenen Gewinnvortrag in Höhe von 978.071,69 € zu verrechnen. Der dann noch verbleibende Fehlbetrag wird als Verlustvortrag in der Bilanz fortgeführt.**

Gemäß § 31 GO NRW haben Frau Schmidt sowie die Herren Werner, Henrichsmeier, Stothmann, Sternbacher und Rees an der Beratung und Beschlussfassung zu Ziffer 2 nicht mitgewirkt.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

...-

**Zu Punkt 12**

**Entwurf des Jahresabschlusses 2012 (Kernhaushalt Stadt Bielefeld) sowie Behandlung des Jahresfehlbetrages 2011**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7329/2009-2014

**Beschluss:**

- 1. Der Finanz- und Personalausschuss nimmt den Entwurf des Jahresabschlusses 2012 (Anlagen 1 bis 4) zur Kenntnis.**
- 2. Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld,**
  - a. den Entwurf des Jahresabschlusses ebenfalls zur**

**Kenntnis zu nehmen und gem. § 95 Abs. 3 i. V. m. § 96 Abs. 1 GO NRW zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss zu verweisen,**

**b. die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen mit Deckung im Jahresabschluss (Anlagen 5a und 5b) zu genehmigen,**

**c. die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat (Anlage 5c), zur Kenntnis zu nehmen.**

- 3. Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Jahresfehlbetrag 2011 in Höhe von 81.420.000,66 € mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen.**

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Herr Lux übergibt den Vorsitz an Frau Schneider.

**Zu Punkt 13**

**Entlastung der Organe der Sparkasse Bielefeld sowie die Verwendung des Jahresüberschusses des Geschäftsjahres 2013**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7339/2009-2014

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:**

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld nimmt von dem Lagebericht und dem Jahresabschluss der Sparkasse Bielefeld für das Geschäftsjahr 2013 Kenntnis.**
- 2. Der Rat der Stadt Bielefeld erteilt den Organen der Sparkasse Bielefeld – Verwaltungsrat und Vorstand – für das**

**Geschäftsjahr gemäß § 8 Abs. 2 lit. f des  
Sparkassengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen  
(SpkG NRW) Entlastung.**

3. **Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt lt. § 8 Abs. 2 lit. g i. V. m. § 25 SpkG NRW auf Vorschlag des Verwaltungsrates, dass der Jahresüberschuss 2013 in Höhe von 8.346.005,35 € wie folgt verwendet wird: unter Berücksichtigung der Kapitalertragsteuer in Höhe von 801.900,80 € und des Solidaritätszuschlages in Höhe von 44.104,55 € werden 4.500.000,00 € an den städtischen Haushalt ausgeschüttet. Der verbleibende Betrag in Höhe von 3.000.000,00 € wird in die Sicherheitsrücklage eingestellt.**

Gemäß § 31 GO NRW haben die Herren Lux, Henrichsmeier, Hamann, Sternbacher, Rees und Buschmann sowie Frau Schmidt an der Beratung und Beschlussfassung zu Ziffer 2 nicht mitgewirkt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Frau Schneider gibt den Vorsitz an Herrn Lux zurück.

**Zu Punkt 14      Zinsvereinbarungen für Kredite zur Liquiditätssicherung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7323/2009-2014

**Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Informationen zu möglichen Zinsvereinbarungen für Kredite zur Liquiditätssicherung zur Kenntnis.**

-.-.-

**Zu Punkt 15      Entwurf Gesamtabschluss 2011 der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7305/2009-2014

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:**

- 1. Der Entwurf des Gesamtabchlusses 2011 der Stadt Bielefeld wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Der Entwurf des Gesamtabchlusses 2011 wird an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung und Erstellung des Schlussberichtes gem. §§ 59 Abs. 3, 116 Abs. 6 GO NRW in Verbindung mit § 101 GO NRW überwiesen.**

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

-.--

**Zu Punkt 16**

**Unterrichtung des Finanz- und Personalausschusses über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat. (Anlage 1 - ist beigefügt.)**

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss nimmt von den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, gemäß Vorlage Kenntnis und verweist diese Vorlage ebenfalls an den Rat zur Kenntnisnahme.**

- einstimmig beschlossen -

-.--

Bielefeld, 29.04.2014

---

Rainer Lux  
(Vorsitzender)

---

Barbara Schneider  
(Vorsitz zu TOP 13)

---

Heike Wemhöner  
(Schriftführerin)